



www.linksfraktion.de/finanzkrise

Berlin, 8. April 2009

ulla.loetzer@bundestag.de

G20-Gipfel in London. Wiederbelebung des IWF statt Ende der Exzesse!

Ulla Lötzer, Sprecherin für internationale Wirtschaftspolitik und Globalisierung

Zusammenfassung

Die Beschlüsse des G20-Gipfel sind eine Mischung aus Nebelkerzen („1 Billion Dollar für die Armen“), Wiederbelebungsversuche totgesagter Institutionen und Machtverhältnisse und der Totalverweigerung Finanzmärkte und Steueroasen auszutrocknen.

Weitere Konjunkturpakete oder gar eine Koordinierung zwischen Überschuss- und Defizitländern wurden verhindert. So werden die weltweiten Ungleichgewichte nicht angegangen: Die USA verschulden sich weiter und der Trittbrettfahrer Bundesrepublik spart sich auf Kosten der restlichen Welt zum nächsten Exportweltmeistertitel.

Anstatt die Länder des Südens und Osteuropas direkt vor den Folgen der Krise zu schützen, werden die Kreditkassen des IWF aufgepumpt. Diese Kredite werden weiterhin an restriktive Konditionen wie Privatisierung, Sozialabbau und Zinserhöhungen gekoppelt sein. Demokratie findet in diesen unheilvollen Institutionen nicht statt.

Die Finanzmärkte sollen in keinster Weise reguliert werden, sondern werden nur mit Registrierungspflichten transparenter gemacht. Dem entspricht die unglaublichen Aufwertung der bisheriger De-regulierungsinstanzen IWF und Financial Stability Forum zum neuen Überwachungsgremium. Ziel ist nicht Verhinderung weiterer Katastrophen und auch nicht die Eindämmung der Spekulation, sondern die scheinheilige Wiederherstellung von ‚Vertrauen‘.

Eine gerechte Weltwirtschaftsordnung wird es nur mit 192 Staaten geben nicht mit den 20 mächtigsten: Maßnahmen für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung, für ein Austrocknen der Finanzmärkte und gegen die katastrophale Spekulation auf Währungen und Nahrungsmittel liegen in den Schubladen der UN-Stiglitz-Kommission und der UNCTAD.

Vorbemerkung

Vor dem Gipfel wurden klare Fronten aufgebaut: Die Bundesregierung und Frankreich wollten vom Gipfel ein klares Signal zur globalen Regulierung der Finanzmärkte und keine Verabredung für eine akute Krisenbekämpfung durch eine koordinierte Welle von neuen Konjunkturprogrammen. Die USA und Großbritannien wollten weniger regulieren als vielmehr investieren und China wollte mehr Macht in den internationalen Organisationen für die Schwellenländer durchsetzen.

Nach dem Gipfel prangte auf den Tageszeitungen die gigantische Summe von 1 Billion US \$, die in die Entwicklungs- und Schwellenländer fließen sollen. Die FT London warnte zugleich: Zahlen am Ende eines Gipfels müssen sorgsam studiert werden, vor allem solche die von Gordon Brown präsentiert werden. Er neige zur Übertreibung und zur Doppelzählung. Dazu kam die ideologische Begleitmusik: Die Rede war vom Ende des angelsächsischen Kapitalismus (Sarkozy), dem Beginn einer neuen Weltordnung (Brown), Steinbrück rief: ‚Die Zeit der Exzesse sei vorbei‘.

Wir fragen deshalb: Was hat der G20-Gipfel wirklich gebracht? Was versteckt sich hinter dem 1 Billion-\$-Paket. Wurden konkrete Schritte zur Regulation der Finanzmärkte verabredet? Wird die internationale Finanzarchitektur demokratisiert? Im ersten Schritt können wir ausnahmsweise dem Handelsblatt recht geben: Weder der Kampf gegen Steueroasen oder gegen Hedgefonds wird vom Gipfel aus in die Geschichtsbücher eingehen, sondern vor allem der gigantische Wiederbelebungsversuch des IWF und die Aufwertung der Versagertruppe des Financial Stability Forums.

In drei weiteren Schritten kommentieren wir die Ergebnisse des G20-Gipfels von London aus linker Sicht:

1. Der Phoenix aus der Asche: Die Wiederbeatmung des IWF

2. Finanzmärkte regulieren, Steueroasen austrocknen? Fehlanzeige

3. Alternativen zur G20

1. Der Phoenix aus der Asche: Die Wiederbeatmung des IWF

Was wurde beschlossen?

Erklärte Absicht der G20 war es, die Kapitalflüsse in die Entwicklungs- und Schwellenländer aufrechtzuerhalten. Dazu werden die Kredit- und Bürgschaftslinien des IWF, der Weltbank und der vier multilateralen Entwicklungsbanken um 850 Mrd. Dollar aufgestockt.

Finanztitel	Mrd. \$
IWF Kreditmittel	500 Mrd. \$
Sonderziehungsrechte IWF	250 Mrd. \$
IWF-Goldverkäufe	6 Mrd. \$
Kredite für Entwicklungsbanken	100 Mrd. \$
Handelsbürgschaften	250 Mrd. \$

Verkauft wird das Programm als Rettungspaket für die ärmsten Länder der Welt. Oxfam International hat ausgerechnet, dass den ärmsten Ländern gerade einmal 50 Mrd. \$ vor allem in Form von Krediten zufließen werden. Kredite sind das falsche Mittel. Es bleibt unklar an welche Bedingungen sie geknüpft werden. Im Ergebnis erhöhen sie nur die Zins- und Schuldenlast in den Entwicklungsländern.

Hinter dem zusätzlichen Bekenntnis an den bestehenden Zusagen zur Entwicklungshilfe festzuhalten, verbirgt sich real ein Rückgang der Zusagen um 9 Mrd. \$, da sie an die Wirtschaftsleistung (BIP) gekoppelt sind. Hinter den ‚gewaltigen‘ Handelsbürgschaften von 250 Mrd \$ verbirgt sich die freche Addition der üblichen nationalen Bürgschaften (z. B. Hermes-Bürgschaften) für den Außenhandel.

Gewichtig ist aber vor allem die erste Position. Die ‚Kriegskasse‘ des IWF zur Kreditvergabe soll verdreifacht werden von derzeit 250 Milliarden Dollar auf zunächst 500 und später 750 Milliarden Dollar. Die EU und Japan haben bereits je 100 Mrd. \$ zugesagt, China will 40 Mrd. \$ beisteuern. Die restlichen Kredite werden später von den USA und den anderen IWF-Mitgliedern aufgebracht.

Die Neuausgabe von Sonderziehungsrechten - ein künstlicher Überziehungskredit für Staaten - in Höhe von 250 Mrd. \$ ist als Instrument positiv zu bewerten. Sonderziehungsrechte sind an keinerlei Konditionen geknüpft. China und andere knüpfen an alte Ideen von Keynes an und haben die Sonderziehungsrechte perspektivisch als Weltwährung und damit als Alternative zum Dollar als Leitwährung ins Spiel gebracht. Auf dem Gipfel war davon allerdings nicht die Rede. Die Ausweitung der Sonderziehungsrechte kommt zum jetzigen Zeitpunkt vor allem den Industriestaaten zugute, da sie über die Quoten und Stimmrechte des IWF zugeteilt werden.

Unsere Kritik:

Nach der Asienkrise war der IWF komplett abgemeldet und hatte jegliches Vertrauen auch bei konservativen Regierungen verspielt. Im Vorfeld des Gipfels hatte der IWF auf die Weigerung vieler asiatischer und lateinamerikanischer Länder, Kredite des IWF überhaupt anzunehmen, reagiert. Diese hatten als einflusslose IWF-Mitglieder Angst vor dem Stigma eines IWF-Kredits und den damit verbundenen Auflagen. Ergebnis war eine neue flexible Kreditlinie (FCL), die nun Mexiko als erstes Land in Anspruch nehmen wird. Die FCL-Linie ist insbesondere für Länder gedacht, die über solide Fundamentaldaten und einen nachgewiesenen Reformwillen verfügen. Damit verzichtet der IWF zwar auf die nachträglichen drakonischen Auflagen, macht eine neoliberale Wirtschaftspolitik aber zur Bedingungen.

Unserer Kritik an der Aufwertung des IWF richtet sich darauf, dass es der Weltwirtschaft an einer politischen Steuerung und Regulierung, einer klaren Verfasstheit und einer demokratisch legitimierten Institution zur Aufsicht und Regulierung fehlt. Der IWF, dem die Rolle der Weltfinanzpolizei von den G20 zugesprochen, ist in weiten Teilen der Welt komplett delegitimiert durch sein Handeln nach der Argentinienkrise und durch sein Handeln nach der Asienkrise. Diese Länder des Südens sehen im IWF eben keine Weltfinanzpolizei oder eine Regulierungsinstanz, sondern einen Club der Gläubiger, der Zwangslagen ausnutzt, Kredite eintreibt und eigene Entwicklungspfade verbaut. Ergebnis des

verheerenden Krisenmanagements war gerade der Aufbau von eigenen Entwicklungsbanken, der Ausstieg aus den Krediten des IWF und die Anhäufung von Devisenreserven, um eigene Krisenprogramme finanzieren zu können. Das Urteil vor dieser Krise lautete auch einhellig: Der IWF und vor allem seine Kreditvergabe sind tot!

Jetzt wird das Kreditvolumen künstlich aufgebläht, damit sich das Abschlusskommuniqué mit Milliardenbeträgen brüsten kann, die sie den Schwellen- und Entwicklungsländern zur Verfügung stellt. **Weder die Vertrauenskrise noch das Demokratiedefizit und erst recht nicht das neoliberale Leitbild der Strukturanpassungsprogramme werden beseitigt.** Ob weitere Länder diese Kredite aus ihrer Zwangslage heraus annehmen, bleibt fraglich; wenn sie sie annehmen, unterwerfen sie sich den neoliberalen Konditionen.

Strategisch handelt es sich bei der Wiederbelebung des IWF damit um ein klares neoimperiales Projekt der Industrieländer und um ein klares Weiter so. Die Industriestaaten haben in dieser Institution das Sagen obwohl vor allem die Entwicklungs- und Schwellenländer von ihrer Politik betroffen sind. Diesen Einfluss wollen sich die G8 sichern.

Die **Machtverteilung innerhalb des IWF** bleibt himmelschreiend ungerecht. Europa besitzt ein Drittel der Stimmen und will bis in alle Ewigkeit den Posten des geschäftsführenden Direktor besetzen, die USA verfügen als einziges Land mit einem Stimmenanteil von 17 % über ein Vetorecht. Obwohl China deutlich gefordert hatte: Erst Reformen und dann Aufstockung der Mittel, haben sich die Europäer und die USA durchgesetzt. Da die Beschlüsse im IWF mit einer Mehrheit von 85% getroffen werden müssen, wäre ein echter Reformansatz gewesen, wenn verbunden mit einer gerechteren Stimmverteilung eine einfache Mehrheit für die Beschlüsse reichen würde. Davon ist der IWF weit entfernt.

Die **Reformen der sog. Konditionalität**, also Auflagen zur restriktiven Ausgabenpolitik, Sozialabbau und Zinserhöhungen, die an Kredite gebunden werden, finden sich bisher nur in Absichtserklärungen. Die Realität sieht anders aus. In Lettland wurden in Folge eines IWF-Kredits die Gehälter im öffentlichen Dienst um 15 % gekürzt. Auch die Kredite an Pakistan und andere osteuropäischen Staaten waren mit Forderungen nach einer Absenkung öffentlicher Ausgaben und Zinssteigerungen verbunden. Zusätzlich drängte der IWF einen Tag nach dem Gipfel osteuropäische Länder ihre Währungen zugunsten des Euros aufzugeben.

Aufgrund dieser falschen Politik und der Dominanz der G8-Staaten beim IWF und der Weltbank haben sich in Asien mit der Asian Development Bank und der von Chavez gegründeten Banco del Sur regionale Alternativen gegen die Dominanz des IWF herausgebildet.

Stimmenanteile beim IWF (2009)	
Land	Stimmenanteil
US	16,8
Japan	6,0
Bundesrepublik	5,8
UK	4,9
Frankreich	4,9
China	3,7
Russland	2,7
Indien	1,9
Brasilien	1,4
Regionen	Stimmenanteil
EU	32,4
Afrika	5,3
Asien	11,5

2. Regulierung von Finanzmärkten und –Produkten

Was wurde beschlossen?

Bereits im November 2008 hatten die G20 lauthals angekündigt, jeden Finanzmarkt, jedes Produkt und jeden Akteur regulieren zu wollen. Etwas leiser hatten die Staats- und Regierungschefs damals hinzugefügt, diese Regulierung solle nur unter Berücksichtigung der jeweiligen Umstände erfolgen. Auch im Abschlussdokument des jüngsten Finanzgipfels findet sich die Phrase der umfassenden Regulierung – diesmal allerdings mit der Einschränkung, dass nur „systemisch wichtige Institutionen, Instrumente und Märkte“ betroffen sein sollen.

Auch wenn darüber noch genauere Definitionen folgen sollen, bleibt die konkrete Ausgestaltung der Regulierung offen. Beispielsweise müssen nicht alle, sondern nur „systemrelevante“, also große **Hedgefonds** reguliert werden. Die Schlupflöcher und Umgehungsmöglichkeiten für Finanzmarktakteure nehmen durch solche Ausnahmen zu.

Grundsätzlich beschränken sich die G20 bei den Finanzmärkten und -produkten im Wesentlichen auf vage Vorschläge zur Herstellung von Transparenz und auf eine Ex-Post-Regulierung. Das heißt: Risiken sollen schneller erkannt werden, es wird aber wenig getan, um die Entstehung von Risiken im Voraus zu verhindern.

So soll das internationale Financial Stability Forum (FSF) in „Financial Stability Board“ (FSB) umbenannt, gestärkt und zu einer **globalen Aufsichtsbehörde für die Finanzmärkte** umgebaut werden. Das FSB soll Schwachstellen im Finanzsystem erkennen und Maßnahmen zur Sicherung der Finanzstabilität koordinieren. Es soll den Betrieb von zusätzlichen speziellen Aufsichtsgremien für große multinationale Unternehmen unterstützen und zusammen mit dem IWF ein Frühwarnsystem für Risiken etablieren. Dass das FSB damit wirklich die Finanzstabilität in dem Maße fördern kann, wie die G20 behaupten, muss bezweifelt werden. Schließlich war bereits das FSF, das 1999 in Reaktion auf die Finanzkrise in Asien von der G7 gegründet wurde, mit ganz ähnlichen Aufgaben betraut: Wie das neue FSB sollte auch das FSF Schwachstellen im Finanzsystem aufspüren und internationale Abhilfe koordinieren. Angesichts der momentanen Krise hat wohl kaum ein Gremium mehr versagt.

Als weitere Schritte hin zu mehr Transparenz wollen die G20-Staaten die **Aufsicht der nationalen Behörden** ausweiten. (Große) Hedgefonds sollen zukünftig registriert und zur regelmäßigen umfassenden Information über ihre Eigenkapitalquote und andere relevante Daten gezwungen werden. Das interne Risikomanagement großer Institute soll besser überwacht werden. Durch eine Anpassung der **Bilanzierungsregeln** sollen Risiken schneller erkannt und nicht mehr so leicht hinter komplexen Strukturen versteckt werden können. Die **Rating-Agenturen**, die wegen zu positiven Urteilen über Finanzprodukte zu Fehlinformationen und damit zur Finanzkrise beigetragen haben, sollen zukünftig ebenfalls registriert und überwacht werden. Dabei sollen die Agenturen auch dazu gebracht werden, interne „Interessenskonflikte“ anzugehen. Damit ist wohl der Konflikt gemeint, dass die Ratingagenturen von den Instituten bezahlt werden, über die sie ein Urteil abgeben sollen und somit dazu tendieren, ein dem Auftraggeber genehmes Rating abzugeben. Wie dieses Problem allerdings gelöst werden soll, wenn die Ratingagenturen auch zukünftig in privater Hand sind und ihre grundsätzliche Rolle behalten dürfen, sagen die G20 nicht.

Die einzigen Maßnahmen, die wirklich über die Schaffung von Transparenz hinausgehen, sind die angekündigten Veränderungen bei den Eigenkapitalvorschriften. Wenn Kredite zukünftig mit mehr Eigenkapital unterlegt werden müssen und dabei das jeweilige Risiko gewichtend hinzukommt, kann das die Bereitschaft hochriskante Geschäfte zu machen senken. Wenn – wie angekündigt – die Eigenkapitalvorschriften so ausgestaltet werden, dass sie in Boom-Zeiten schärfer, im Abschwung aber schwächer ausfallen, kann ihre negative, prozyklische Wirkung auf die Konjunktur außerdem verringert werden. Allerdings sind konkrete Fortschritte hierbei erst für die Zeit nach der Krise zu erwarten.

Steueroasen: Man kann dem Entwicklungsexperten Rainer Falk nur zustimmen. „Fast schon peinlich ist der Ausgang des Streits über den künftigen Umgang mit Steueroasen und Finanzzentren. Hier passt wirklich einmal der Spruch von dem kreißenden Elefanten, der eine Maus gebar.“ Kaum waren diese Sätze geschrieben wurden von der OECD auch die letzten vier Steueroase von der schwarzen Liste gestrichen, Herr Steinbrück musste seinen Gesetzentwurf gegen Steueroasen ein weiteres Mal vom Kabinetttisch verschwinden lassen. So ist der Kampf gegen die Steueroasen (G20: „Die Zeit des

Bankgeheimnis ist vorbei!“) schon nach wenigen Tagen vorbei. Die Schlagzeilen nach dem Gipfel sind das Papier nicht wert auf dem sie gedruckt wurden.

Unsere Kritik:

Dass die G20-Staaten Transparenz und Aufsicht bei den Finanzmärkten in den Mittelpunkt ihrer Reformvorhaben gestellt haben zeigt, dass grundlegende Änderungen an der Funktionsweise des finanzierten Kapitalismus nicht gewollt sind: Die Dominanz der Finanzmärkte soll nicht gebrochen werden, komplexe Finanzprodukte werden weiter als grundsätzlich zu begrüßende „Innovationen“ angesehen und als Hauptgrund für neue Regulierungsschritte wird nicht die Verhinderung von zukünftigen Katastrophen genannt, sondern das Ziel, „Vertrauen in unser Finanzsystem“ wieder herzustellen.

Dass es beim G20-Gipfel um eine „neue Finanzarchitektur“ gehe und die Finanzmärkte auf eine „dienende Funktion“ gegenüber der Realwirtschaft zurückgedrängt werden sollten, war zwar Thema zahlreicher Sonntagsreden. Im Ergebnis des Gipfels hat sich das aber nicht niedergeschlagen. Angesichts der Ausmaße der gegenwärtigen Krise und des offensichtlichen Versagens des vom Finanzmarkt getriebenen Kapitalismus, wäre solch eine grundlegende Reform – inklusive einer massiven Einschränkung von Finanzmarktakteuren und einer Zurückdrängung der Macht der Finanzmärkte – aber notwendig gewesen.

3. Alternativen zum G20-Prozess

Demokratisierung der globalen Institutionen

DIE LINKE fordert deshalb ein Ende der G20-Gipfel! Eine Demokratisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen kann sofort in Angriff genommen werden. Die Federführung für die Reform der Finanzmärkte und der Weltwirtschaft muss der UNO übergeben werden.

Eine neue Machtverteilung im IWF oder in der Weltbank zugunsten der Schwellenländer und zuungunsten der USA bzw. Westeuropas wäre zu begrüßen, reicht aber bei weitem nicht aus. Im Mittelpunkt einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung stehen für uns institutionell die Vereinten Nationen, die als einzige Organisation demokratisch breit legitimiert ist, auf Menschenrechte verpflichtet ist und Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer angemessen und unabhängig von ihrer ökonomischen Stärke repräsentiert. Parlamente und Nichtregierungsorganisationen müssen in die Entscheidungsfindung einbezogen werden.

Nicht nur die Debatte, sondern auch Entscheidungen über Fragen der Weltwirtschaft gehören deshalb unter das Dach der UN. Zwar ist auch die UNO ein Produkt der Nachkriegszeit. Die Zusammensetzung des Sicherheitsrates mit seinen Veto-Mächten muss reformiert werden. Wir unterstützen den Vorschlag der „Stiglitz Kommission“, einen handlungsfähigen „Global Economic Council“ einzurichten, der internationale Wirtschafts-, Sozial- und Umweltprozesse zu gestalten hätte. Diese Institution allen voran der ECOSOC wie auch die Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen der UN, die UNCTAD und die ILO gilt es zu stärken.

IWF, Weltbank und WTO als ‚unheilige Dreifaltigkeit‘ von Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung sollten in die zweite Reihe treten und den UN-Strukturen klar untergeordnet werden. Die Fähigkeit des IWF, Zahlungsbilanzlücken der durch exogene Schocks in Not geratenen Mitgliedsländer zu überbrücken, ist zu stärken, darf aber nicht an krisenverschärfende Auflagen geknüpft werden wie während der Asienkrise oder jüngst in Ungarn. Deshalb müssen insbesondere der IWF, aber auch die Weltbank und die WTO in ihren Zielstellungen, Aufgabenbereichen und Sanktionsmöglichkeiten massiv beschnitten und umfassend demokratisiert werden.

Der IWF könnte dann Bestandteil einer demokratisch kontrollierten, globalen makroökonomischen Abstimmung sein, der internationale Kapitalströme kontrolliert. Die Weltbank könnte als begrenzte Entwicklungs- und Umweltbank, UN-Mandate mit klar definierten Vorgaben erhalten.

Regulierung der Finanzmärkte

Konkrete Vorschläge, mit denen die Risiken für zukünftige Krisen im Keim erstickt werden könnten, liegen auf dem Tisch: So könnte ein „Finanz-Tüv“ dafür sorgen, dass nutzlose, Finanzprodukte gar nicht erst zugelassen werden, wenn sie Gefahren für die Stabilität des Finanzsystems mit sich bringen. Auch Nobelpreisträger Joseph Stiglitz hat im Rahmen der UN-Kommission zur Reform der Finanzmärkte eine solche „financial products safety commission“ vorgeschlagen. Die G20 regen bislang nur eine „Standardisierung“ auf Märkten für Kredit-Derivate an und wollen hierzu auch erst einmal entsprechende Vorschläge der Finanzindustrie selbst abwarten. Während die G20 sich lediglich dazu durchringen konnte, Bewertungsstandards für außerbilanzielle Geschäfte zu empfehlen, empfahl die UN-Kommission unter Joseph Stiglitz ein Verbot solcher außerbilanzieller Transaktionen.

Eine geeignete Maßnahme um die Finanzmärkte zu entschleunigen und spekulative Geschäfte wirksam zu reduzieren wäre zudem die Einigung auf eine Finanztransaktionssteuer gewesen: Eine generelle Finanztransaktionssteuer würde die kurzfristigspekulativen Transaktionen mit Finanzderivaten verteuern und so einen Beitrag zur Stabilisierung von Wechselkursen, Rohstoffpreisen und Aktienkursen leisten. Die G20 haben sich stattdessen explizit dafür ausgesprochen, alle Maßnahmen zu unterlassen, die den internationalen Kapitalverkehr einschränken könnten. Wir fordern darüber hinaus eine Schließung aller Offshore-Zentren und Steueroasen. Alle Regierungen sollen sich verpflichten Grschäfte mit dort ansässigen Instituten zu untersagen.

Reform des Weltwährungssystems

Mittelfristig sollte der Vorschlag des chinesischen Zentralbankchefs aufgegriffen werden und eine weltweite Reservewährung die Dollardominanz ablösen. Auf dem Weg dorthin schlägt zum Beispiel der DGB im ersten Schritt vor, ein anpassungsfähiges festes Wechselkurssystem zwischen den wichtigsten Leit- und Anlagewährungen aufzubauen. Allein ein fester und stabiler Wechselkurs zwischen dem US-Dollar und dem Euro würde dem internationalen Währungssystem größtmögliche monetäre Stabilität bringen. Die UNCTAD hat hierzu Vorschläge vorgelegt, die UN ist nicht zuletzt deshalb der richtige Ort um die Fragen einer neuen stabilen Weltwährungsordnung anzugehen.

Weitere Reformschritte zu einer gerechten Weltwirtschaftsordnung

- Eine Abkehr von der Orientierung an Exportüberschüssen als Leitbild der Wirtschaftspolitik und stattdessen Förderung von Regionalisierung und Binnenmarktorientierung verbunden mit regionalen Abkommen zur Verankerung von sozialen und ökologischen Standards.
- Lösung des Problems der globalen Leistungsbilanz-Ungleichgewichte durch die Schaffung eines Ausgleichsmechanismus nach dem Vorbild der von Keynes in Bretton Woods ursprünglich vorgeschlagenen „International Clearing Union“ (Keynes).
- Maßnahmen zur Herstellung nachhaltiger Produktion, Ernährungssicherheit und Nahrungssouveränität. Der Vorrang von Umweltabkommen, Menschenrechtsabkommen und ILO Abkommen muss sichergestellt werden.
- Eine Regulierung Transnationaler Konzerne einschließlich deren Verpflichtung auf soziale und ökologische Standards und eine Ausweitung von Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechten.
- Ein Investitionsabkommen zur nachhaltigen Regulation von Investitionen. Eine solche Vereinbarung muss auch den Stopp der Privatisierung von Daseinsvorsorge beinhalten.